



Deutsche Umwelthilfe e.V. | Hackescher Markt 4 | 10178 Berlin

Europäische Kommission
Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen
1049 Brüssel
Belgien

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
BERLIN

Hackescher Markt 4
Eingang: Neue Promenade 3
10178 Berlin

Per E-Mail an: ursula.von-der-leyen@ec.europa.eu

21. Oktober 2024

Offener Brief: Wirksame Maßnahmen zum Hochlauf der Elektrifizierung im Straßenverkehr statt blinder Förderung der Automobilindustrie

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin,

mit Sorge beobachten wir anhaltende europaweite Bestrebungen, den bereits auf EU-Ebene beschlossenen Abschied von der Verbrennertechnologie für Pkw zu hinterfragen. Das ist fatal: Lebensverlängernde Maßnahmen für den Verbrennungsmotor im Kontext eines irreführenden Narrativs der Technologieoffenheit verunsichern sowohl Wirtschaft als auch Gesellschaft. Die fehlende klare Priorisierung der Elektromobilität im Straßenverkehr bremst den für die unvermeidliche Transformation erforderlichen Hochlauf batterieelektrischer Antriebe aus. Das gefährdet nicht nur die Klimaziele, sondern schadet auch der europäischen Automobilindustrie, die auf dem derzeitigen Pfad nicht zukunftsfähig ist.

Zurzeit bereitet die Kommission einen strategischen Dialog zur Zukunft der Automobilwirtschaft vor. Angesichts der Tatsache, dass der Automobilsektor eine entscheidende Bedeutung sowohl für den Arbeitsmarkt als auch den Klimaschutz hat, sollten dem geplanten Expertengremium unbedingt auch Vertreter der Zivilgesellschaft angehören.

Im Rahmen des geplanten Dialogs ist entscheidend, dass das Verbrenner-Aus nicht in Frage gestellt wird. Wir fordern Sie stattdessen auf Investitions- und Planungssicherheit zu gewährleisten und wirksame Maßnahmen für den Hochlauf der Elektromobilität zu beschließen:

Investitions- und Planungssicherheit gewährleisten

1. Erhalt des Verbrenner-Aus und der CO₂-Flottenziele

Politische Ungewissheiten rund um das Verbrenner-Aus müssen endgültig beseitigt werden. Der Verbrennungsmotor im Pkw hat keine Zukunft. Diskussionen um eine Aufweichung der Regelungen rund um das Verbrenner-Aus schüren Verunsicherung dort, wo wir stattdessen einen klaren Erwartungshorizont und Investitionssicherheit benötigen.

Wir fordern Sie auf, sich für den Erhalt des Verbrennerausstiegs und der Zwischenziele der CO₂-Flottengrenzwertverordnung einzusetzen und sich für den Umstieg auf den Elektromotor als einzig zukunftsträchtigem Antrieb im Straßenverkehr zu bekennen.

2. Kein Vorziehen der Revision der CO₂-Flottengrenzwerte

Die Revision darf unter keinen Umständen auf 2025 vorgezogen werden. Dies würde die Integrität des Verbrennerausstiegs 2035 gefährden. Ein Vorziehen würde eine Bewertung auf Grundlage einer verzerrten Daten-Grundlage darstellen, da erwartbare Marktimpulse, die sich erst mit Eintreten des 2025er Grenzwertes realisieren, nicht einbezogen würden. Die Erfahrung aus 2019/20 hat gezeigt, dass die Hersteller erst kurz vor Ablauf der Frist die erforderlichen Maßnahmen umsetzen – und diese dann auch erreichen. Dass einige Autohersteller bereits jetzt auf Kurs für das Ziel 2025 sind, zeigt, dass die Ziele der Flottengrenzwertverordnung realistisch sind, denn die Branche hatte ausreichend Zeit sich auf den Zielpfad einzustellen. [Die Erreichbarkeit der Ziele bestätigt auch ein aktueller Bericht des ICCT.](#)

Wir fordern Sie auf, sich für ein Beibehalten der Revision 2026 auszusprechen und so den Verbrenner-Ausstieg bis spätestens 2035 zu schützen.

3. Jährliche Zwischenziele in der CO₂-Flottengrenzwertverordnung

Aktuell bestehen keine Anreize für Automobilhersteller, ihre CO₂-Emissionen bereits vor den Zielen der CO₂-Flottengrenzwertverordnung in den Jahren 2025, 2030 und 2035 zu senken. Durch mangelnde Vorgaben in den Zwischenjahren setzen die Hersteller erforderliche Maßnahmen erst kurz vor Fristablauf um. Hier zeigt sich, dass für einen verlässlichen Transformationspfad statt Fünfjahres-schritte jährliche Zwischenziele notwendig sind.

Wir fordern Sie auf, sich für die Einführung jährlicher Zwischenziele einzusetzen, um einen verlässlichen Transformationspfad zu schaffen.

4. Klimaziele im Verkehrssektor

EU-weit ist der Verkehrssektor für ein Fünftel der CO₂-Emissionen verantwortlich, ein Drittel davon ist dem Pkw-Verkehr zuzuordnen. Und nach wie vor steigen die Emissionen im Verkehrssektor, wie ein kürzlich veröffentlichter [Report der Europäischen Umweltbehörde](#) (EEA) feststellt. Die Zielverfehlung bei den verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen wird riesig bleiben, wenn keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden. Stand jetzt wird die EU bis 2050 bei einem Ziel von 90 % Emissionsminderung im Verkehrsbereich nur 37 % CO₂-Emissionen einsparen. Das Verbrenner-Aus 2035 ist bereits ein Kompromiss, denn um die verkehrsbedingten Emissionen ausreichend zu senken, müssten ambitioniertere Vorgaben eingeführt werden. Ein frühzeitiger Ausstieg aus der Verbrenner-Technologie schafft Klarheit und verdeutlicht die Priorisierung der Elektromobilität. EU-weit sollte deshalb ein Verbrennerausstieg im Jahr 2030 umgesetzt werden.

Wir fordern Sie auf, ein Verbrenner-Aus schon für das Jahr 2030 umzusetzen.

5. Abkehr von Scheinlösungen wie E-Fuels im Straßenverkehr

Wer heute mit dem Verweis auf E-Fuels am Verbrennungsmotor festhalten will, verschleppt die dringend nötige Transformation und zementiert langfristige Abhängigkeiten von fossilen Kraftstoffen. Außerdem werden durch die ineffizienten, energiefressenden und teuren E-Fuels wertvolle Ressourcen verbrannt. Mit der Elektromobilität besteht eine schon heute klimafreundlichere Antriebsalternative, die um ein Vielfaches effizienter ist.

Wir fordern Sie auf, sich für ein Verbrenner-Aus ohne E-Fuels auszusprechen.

Wirksame Maßnahmen für den Hochlauf der Elektrifizierung beschließen

1. Potenziale gewerblicher Fahrzeuge

In gewerblichen Flotten liegen enorme Emissionsminderungspotenziale, denn sie sind EU-weit für 71 % der CO₂-Emissionen von Neuzulassungen verantwortlich. Eine schnelle Elektrifizierung gewerblicher Fahrzeuge würde auch den Elektrohochlauf im privaten Markt signifikant beschleunigen, da gewerbliche Fahrzeuge bereits nach kurzer Zeit in den Gebrauchtwagenmarkt übergehen. So kann ein Beitrag zu einem sozial gerechteren Umstieg auf die Elektromobilität geleistet werden. Deshalb braucht es eine verpflichtende Elektroauto-Quote für Unternehmensflotten und Leasinganbieter.

Wir fordern Sie auf, eine verpflichtende Elektroauto-Quote für Unternehmensflotten und Leasinganbieter einzuführen.

2. Ressourcenschonende Elektroautos

Ein energie- und ressourcenschonender Hochlauf der Elektromobilität ist elementar, um die effiziente Nutzung der knappen erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Derzeit geht der Trend jedoch in die falsche Richtung und E-Autos werden immer größer und schwerer. Effizienzstandards für E-Autos und eine absolute Obergrenze des Stromverbrauchs pro Fahrzeug sind deshalb dringend notwendig.

Wir fordern Sie auf, Effizienzstandards für E-Autos und eine absolute Obergrenze des Stromverbrauchs pro Fahrzeug einzuführen.

3. Ausbau der Ladeinfrastruktur

Um den Umstieg auf Elektroautos zu ermöglichen, muss sichergestellt werden, dass ausreichend Ladesäulen zur Verfügung stehen. Dafür braucht es nicht nur ambitionierte Zielvorgaben im Rahmen der Verordnung über die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR), es muss auch gewährleistet werden, dass die Ladeinfrastruktur leicht zugänglich, nutzerfreundlich und lückenfrei verfügbar ist.

Wir fordern Sie auf, sich für einen ambitionierten und nutzerfreundlichen Ausbau der Ladeinfrastruktur einzusetzen.

Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass die Elektrifizierung im Verkehrssektor nur ein Teil der Lösung sein kann. Um Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz zu gewährleisten, brauchen wir eine ganzheitliche Mobilitätswende. Diese erfordert eine deutliche Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, den Ausbau von Rad- und Fußverkehr und eine Stärkung des öffentlichen Verkehrs.

Gerne würden wir mit Ihnen ins Gespräch kommen, um unsere Punkte genauer darzulegen und bitten Sie uns und weitere Verbände auch bei den kommenden Gesprächen und Dialogen einzubinden.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Resch
Bundesgeschäftsführer